

Nicolas Klein

Das Investitionsschutzrecht als völkerrechtliches Individualschutzrecht im Mehrebenensystem



Nomos

facultas



DIKE

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
A. Historischer und institutioneller Rahmen	19
I. Begriffserläuterungen	19
1. „Fremde“ als Begriff des Völkerrechts	19
2. „Fremdenrecht“ als Begriff des Völkerrechts	19
3. Die „kommerzielle“ oder „Handelsschiedsgerichtsbarkeit“	20
4. Der Begriff „Mehrebenensystem“	21
II. Die Menschenrechte und der menschenrechtliche Eigentumsschutz	22
III. Das Investitionsschutzrecht	24
B. Methoden und Gegenstand der Untersuchung	26
1. Teil Gemeinsame Entstehungsgeschichte	29
A. Die Geschichte des völkergewohnheitsrechtlichen Fremdenrechts	29
I. Vorklassische Antike	31
II. Antike	33
1. Die Rechtsstellung des Fremden im antiken Griechenland	33
2. Die Rechtsstellung des Fremden im antiken Rom	36
III. Mittelalter und spanisches Zeitalter	38
1. Das Fremdenrecht und die mittelalterliche Hanse	40
2. Das Fremdenrecht bei Francisco de Vitoria	43
IV. Vom Westfälischen Frieden bis ins 20. Jahrhundert	45
1. Die Rolle des Fremden- und Gastrechts in der politischen Theoriengeschichte: von Pufendorf bis Smith	47
2. Kant und das auf ein Besuchsrecht beschränkte Weltbürgerrecht in Abgrenzung zur klassischen Lehre nach Vattel	50
3. Fremdenrecht und der europäische Kolonialismus	53
4. Das klassische völkergewohnheitsrechtliche Fremdenrecht als Mindeststandard	57

5. Die Calvo-Doktrin und der Standard der Inländerbehandlung	70
a) Die Calvo-Klausel und die Frage nach der Rechtsträgerschaft im Fremdenrecht	75
b) Zwischen Inländergleichbehandlung und Minimalschutzstandard	80
V. Entwicklung des Fremdenrechts seit 1945	86
VI. Zwischenergebnis	89
B. Der Übergang vom Fremdenrecht zum Menschen- und Investitionsschutzrecht	91
I. Vom Fremdenrecht zum Menschenrechtsschutz – Das Völkerrecht im Wandel zum Individualschutzrecht	92
1. Strukturwandel des Völkerrechts hin zur Anerkennung von Individualrechten	93
2. Verhältnis von Fremdenrecht und Menschenrechtsschutz	96
a) Die Entwürfe Garcia Amadors in der International Law Commission (ILC)	98
b) Der Elles Report und die Erklärung über die Menschenrechte von Ausländern	100
3. Menschenrechte und sonstige völkerrechtliche Individualrechte	102
II. Vom Fremdenrecht zum Investitionsschutzrecht	103
1. Entstehung des Investitionsschutzrechts im Kontext des Nord-Süd-Konflikts	106
2. Überwindung des Nord-Süd-Konflikts durch Globalisierung und Bilateralisierung	111
3. Vom Nord-Süd Konflikt zur „Legitimitätskrise“ und zum „Public-Private Divide“	114
4. Das Investitionsschutzrecht im völkerrechtsgeschichtlichen Zusammenhang	118
III. Ergebnis	119
2. Teil Verhältnis von Menschenrechtsschutz und Investitionsschutz: Zwischen Konflikts- und Konvergenzdiskurs	121
A. Zwischen Konflikts- und Konvergenzdiskurs	121
I. Unterschiede zwischen Investitionsschutzrecht und Menschenrechten	123

II. Gemeinsamkeiten von Investitions- und Menschenrechtsschutz	131
B. Zwischenergebnis	138
3. Teil Neues konzeptionelles Modell: Investitionsschutzrecht als völkerrechtliches Individualschutzrecht im Mehrebenensystem	141
A. Konzeptionelles Verständnis des Investitionsschutzrechts als völkerrechtliches Individualschutzrecht im Mehrebenensystem	141
I. Einordnung des Diskussionstandes	144
1. Das Investitionsschutzrecht im Spannungsfeld zwischen ‚öffentlichem‘ Völkerrecht und privater Schiedsgerichtsbarkeit	149
2. Das Investitionsschutzrecht zwischen vergleichendem öffentlichen Recht und „klassischem“ Völkerrecht	159
3. Investitionsschutz als transnationales Recht?	163
4. Die Frage nach der Rechtsträgerschaft als Grundlage konzeptioneller Modelle zur Einordnung des Investitionsschutzrechts	164
a) Theorie derivativer Rechte (‘derivative rights theory’) – analog zum klassischen völkerrechtlichen diplomatischen Schutz	165
b) Theorie der abhängigen prozessualen Rechte („contingent rights theory“ oder „beneficiary rights theory“) – analog einem Vertragsverhältnis zugunsten Dritter	172
c) Theorie eines unmittelbaren Individualrechts („direct rights theory“) – analog zum Menschenrechtsschutz	177
i. Rechte von Individuen und insbesondere juristischen Personen im Völkerrecht	178
ii. Investitionsschutzverträge als Individualrechtsschutz	182
iii. Stellungnahme: Theorie nebeneinander bestehender und voneinander abhängiger direkter Rechte	192

II. Das Fehlen eines konzeptionellen Verständnisses des Investitionsschutzrechts als Individualrechtsschutz im Mehrebenensystem	197
III. Einordnung der Konzeption in den Nord-Süd Konflikt und die Diskussion über den ‚public-private divide‘	203
IV. Einordnung der Konzeption in den Diskurs um die ‚Legitimitätskrise‘ des Investitionsschutzrechts	204
B. Praktische Bedeutung der Konzeption für die schiedsgerichtliche Spruchpraxis	208
I. Auswirkungen auf konkrete Streitfragen des Investitionsschutzrechts	209
1. Bedeutung für die Auslegung offener Rechtsbegriffe	209
a) Analogieschlüsse im Investitionsschutzrecht	211
b) Bindungswirkung von Entscheidungen	216
c) Relevanz öffentlich-rechtlicher Prinzipien wie proportionality, legitimate expectations, standards of review, deference und margin of appreciation	220
d) Zwischenergebnis	232
2. Repressalienfestigkeit des Investitionsschutzrechts	233
3. Verzicht auf Investor – Staat Schiedsgerichtsbarkeit	246
4. Kündigung von Investitionsschutzverträgen	253
5. Ansprüche staatlicher Investoren und die Staat – Staat Schiedsgerichtsbarkeit in Investitionsschutzverträgen	259
6. Einflussnahmemöglichkeiten von Staaten auf laufende Investor–Staat Schiedsverfahren	266
7. Öffentlichkeit der Verfahren und Rolle von <i>amicus curiae</i> Anträgen	272
8. Die Verteilung der Prozesskosten	279
9. Parallele Verfahren und die Möglichkeiten eines Dialogs zwischen Investitionsschiedsgerichten und nationalen Gerichten im Mehrebenensystem	283
10. Bedeutung von <i>Cooling-off</i> Perioden und der Voraussetzung der fristweisen Beschreitung nationaler Rechtswege am Beispiel der Entscheidung <i>BG Group v. Argentina</i> des US Supreme Courts	295
II. Flankierende rechtspolitische Ansätze de lege ferenda	306
1. Ausdrückliche Regelung grundsätzlicher Fragen des Zusammenwirkens der unterschiedlichen Rechtsebenen	306

2. Verbesserung der Legitimation von Schiedsgerichtsentscheidungen durch die Einführung einer ständigen Revisionsinstanz	311
3. Möglichkeit der Einführung von Vorabentscheidungsverfahren	316
C. Ergebnis	317
Schlussbemerkung	321
Entscheidungsverzeichnis	325
Literaturverzeichnis	333